

Niederschlag in den Diskursen der Historiografien geben die nötigen Hintergrundinformationen für den anschließenden bibliografischen Teil. Im Anschluss an die einführende Literatur, die publizierten Quellen und die ereignisgeschichtliche Literatur folgen Titel zu den drei beschriebenen Bedeutungsebenen. Ergänzt werden sie durch Titel, in denen die Geschichtsschreibung zu den Abstimmungskämpfen selbst thematisiert wird, und durch Werke, die die jeweiligen Trägerschichten und nichtschriftlichen Manifestationen (Denkmäler, Museen) der Erinnerung an die Abstimmungskämpfe zum Gegenstand haben. Die Berücksichtigung dieser erinnerungspolitischen Aspekte rundet die Nachzeichnung der jeweiligen wissenschaftlichen Diskurse zu den oberschlesischen Abstimmungskämpfen ab. Angesichts der Tatsache, dass es bis dato keine einschlägige Bibliografie gab, die einen umfassenden Zugang zum Thema ermöglicht hätte, bietet R. mit seiner Auswahlbibliografie einen guten Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit den Abstimmungskämpfen, vor allem für einschlägig interessierte Nichtfachleute. Aufgrund des Zugangs zum Thema über die drei Bedeutungsebenen vereint sie Aspekte, die bei einer Suche in den Bibliothek-OPACs längst nicht alle gefunden würden.

Marburg

Agnes Laba

*Ingo Loose: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939-1945. (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 75.) Oldenbourg Verlag, München 2007. 495 S. ISBN 978-3-486-58331-1. (€ 69,80.)* – Das Buch, das die überarbeitete Version einer 2005 an der HU Berlin bei Ludolf Herbst verteidigten Dissertation darstellt, befasst sich vor dem Hintergrund der allgemeinen NS-Politik im besetzten Polen detailliert mit dem Verhalten der Banken und Sparkassen in den „eingegliederten Gebieten“ und im Generalgouvernement. Ingo Loose geht dabei den Leitfragen nach, wie sich die Kreditinstitute im Umfeld der Judenverfolgung und -vernichtung, aber auch der Unterdrückung der Polen verhalten haben, wie bereitwillig sie mit den nationalsozialistischen Behörden zusammenarbeiteten und welche Handlungsspielräume sie hatten bzw. wie viel Eigeninitiative sie an den Tag legten.

Zur Beantwortung dieser Frage wertete L. eine kaum zu überblickende Menge an Quellenmaterial in je zehn polnischen und deutschen sowie einem russischen Archiv aus. Hinzu kommen gedruckte Quellen und eine beeindruckende Fülle an Literatur, wodurch letztlich eine Arbeit entsteht, die in ihrer Breiten- wie Tiefenwirkung Maßstäbe setzt, die in Zukunft zu diesem Thema vermutlich nicht mehr erreicht werden können. Der Vf. liefert die empirischen Belege dafür, dass wirtschaftliche und weltanschauliche Vorgehensweisen sich nicht widersprachen, sondern im Gegenteil ergänzten. Die Interpretation, dass die deutsche, vor allem von Ideologie getriebene Besatzungspolitik am Ende zu einem wirtschaftlichen Fiasko geführt habe, gegen das sich die Banken weder wehren konnten noch wollten, ist überzeugend. Freilich ist dies nicht weiter verwunderlich, denn warum hätten ausgerechnet Kreditinstitute innerhalb einer vom Erfolg des Nationalsozialismus überzeugten Gesellschaft zu einer Oase des Widerstands werden sollen? Allerdings stellt sich die Frage nach den Nuancen der Verstrickung. Hier kann L. zeigen, dass die Banken und Sparkassen nur in wenigen Fällen nachfragten – und dann häufig auch nur aus formaljuristischen Motiven, z.B. wenn sich jüdische Inhaber von Konten plötzlich nicht mehr auffinden ließen. Ob es innerhalb der Lenkungswirtschaft tatsächlich wesentlich größere Aktionsmöglichkeiten gegeben hätte, muss offen bleiben, man kann nun jedoch auf der Grundlage dieses Buches problemlos von „Hitlers willigen Bankern“ sprechen.

Gießen

Markus Krzoska

*Václav Klaus: Rok šestý. [Das sechste Jahr]. Knižní klub. Praha 2009. 448 S. ISBN 978-80-242-2422-0.* – Der tschechische Präsident Václav Klaus gilt als ausgemachter „Europa-Gegner“. Konsequenz kann ihm dabei nicht abgesprochen werden. Seit Jahren bemängelt er in der Europäischen Union das Fehlen demokratischer Instrumentarien, beklagt eine weitreichende Kompetenzverlagerung aus den Mitgliedstaaten in die Hände einer „unkontrollierten EU-Bürokratie“ und damit einhergehend eine Entmündigung der in demokratischen Wahlen